

Rottenburger P

17.04.2010

KOMMENTAR

Umverteilung mit Öko-Charme

Wir haben mehr Geld, als wir ausgeben können.“ Das sagt Klaus-J. Lehmann, einer von drei Geschäftsführern der Genossenschaft erneuerbare Energie Rottenburg (eER). Grund dafür ist das riesige Interesse daran, in Photovoltaik-Anlagen zu investieren. Bei allem Respekt vor dem Motiv, die Umwelt zu schützen: Der Hauptgrund für den Boom ist, dass mit dieser guten Tat zugleich eine überdurchschnittliche Rendite zu erzielen ist.

Die Nachfrage ist bundesweit so groß, dass die Hersteller es nicht schaffen, das benötigte Material zu produzieren. 2009 wurde 60 Prozent mehr installierte Leistung von Photovoltaik-Anlagen gebaut als im Jahr zuvor. Das zeigt: Die Subventionen wirken. Subventionen, die deshalb so besonders hoch sind, weil die Photovoltaik im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien – zumindest noch – den schlechtesten Kosten-Nutzen-Faktor aufweist.

Umweltminister Norbert Röttgen will diese Zuschüsse jetzt kürzen. Es wäre eine Überraschung, würde nicht auch die eER davor warnen, die Einspeisevergütung für Solarstrom mehr als ursprünglich geplant zu reduzieren. Es warnen viele: Die Hersteller von Solar-Modulen fürchten um ihre Existenz. Der Bund der Energieverbraucher behauptet, nur eine Ausweitung der Produktion von Photovoltaik-Modulen lasse deren Preise sinken.

Nichts gegen finanzielle Anreize, wenn dadurch sinnvolle Dinge erst in Gang kommen. Der Webfehler bei den Subventionen für die Erzeugung regenerativer Energien – auch die Stromproduktion aus Wind, Wasser, Biomasse wird gefördert – liegt darin, dass das Geld dafür von den Stromverbrauchern kommt. Was so logisch erscheint, war von der Politik geschickt eingefädelt, um nicht über Steuererhöhungen reden zu müssen oder um sich gar durch Steuersenkungen beim Wahlvolk lieb Kind zu machen.

Es ist nicht nur unsozial, es ist unverschäm, dass auch Leute, die mit ihrem Geld kaum den Alltag bestreiten können, über ihre Stromrechnung den Wohlhabenden die Taschen füllen müssen. Strom braucht jeder, und sei er noch so arm. Es ist der Gipfel: Je mehr Gut- und Spitzenverdiener die erneuerbaren Energien fördern, desto mehr werden auch Arbeitslose, Alleinerziehende, alte Menschen mit einer Rente am Existenzminimum über ihre Stromrechnung daran beteiligt, dass diese potenten Anleger gute und sehr gute Renditen erwirtschaften können.

Die Politik ist aufzufordern, solche Förderungen künftig nur noch aus Steuermitteln zu finanzieren. Denn dann sind die Menschen, wenn sie schon gezwungen werden zu zahlen, wenigstens halbwegs nach ihrem Leistungsvermögen belastet.

GERT FLEISCHER

Einspruch gegen Gert Fleischers Kommentar „Umverteilung mit Öko-Charme“ auf der Rottenburger Seite am 17. April.

Springt zu kurz

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert die etwa zwei Cent pro Kilowattstunde Strompreis-Aufschlag (pro Kopf rund 20 Euro im Jahr) als Investition in saubere Energie und mittlerweile 300 000 Arbeitsplätze. Fleischer fordert nun von der Politik, Geringverdiener aus der EEG-Umlagefinanzierung herauszunehmen. Die Überlegung ist richtig – springt jedoch zu kurz.

Im Strompreis stecken noch andere Preisbestandteile, deren Steigerung der letzten Jahre viel gravierender war als der EEG-Aufschlag. Von jährlich 150 Euro Mehrkosten pro Haushalt spricht der Bund der Energieverbraucher (BdE). Auch die zweistelligen Milliardengewinne der Stromkonzerne werden von Geringverdienern finanziert. Und fossile Energie wird grundsätzlich noch teurer werden. Daher wollte Sigmar Gabriel schon 2008 einen Sozialtarif einführen. Der BdE fordert konkret,

dass Energieverbraucher 1000 Kilowattstunden pro Kopf jährlich kostenlos verbrauchen dürfen, um die 800 000 Stromsperrern vor allem bei Geringverdienern zu vermeiden. Richtig wäre die Abschaffung des Grundpreises und die progressive Verteuerung des Arbeitspreises.

Doch im Webrahmen Herrn Fleischers steckt noch eine andere Annahme, die nicht zutrifft: „Überdurchschnittlich hohe Renditen“. Diese gibt es nur noch bei Fotovoltaik-Großanlagen mit importierten Solarmodulen. Renditen kleiner Bürgersolaranlagen liegen im Bereich einer normalen Festgeldanlage. Und Achtung: Eine GbR-Beteiligung muss richtig rechnen - wie der Bericht sehr gut deutlich macht! Tatsächlich sind Bürgersolaranlagen weit weg von „überdurchschnittlichen Renditen“. Und Erneuerbare Energien rechtfertigen erst recht keine Umverteilungsdebatte.

Klaus-Jürgen Lehmann,
Rottenburg, Adolf-Kolping-Straße 3